

André Ebbighausen, Finanzvorstand der Juist-Stiftung (www.juist-stiftung.de)

Covid 19 macht Bürgerstiftungen zu schaffen

Nicht nur die Wirtschaft kämpft in der Corona-Krise, auch Bürgerstiftungen drohen massive, teils existenzgefährdende Einbußen

In Bürgerstiftungen bündelt sich das lokale bürgerliche Engagement eines abgegrenzten Gebietes. Bei der Juist-Stiftung ist diese Region – die ostfriesische Insel Juist – besonders klein, was sich allerdings im Ranking deutscher Bürgerstiftungen bisher positiv auswirkte. Auch wenn auf Juist noch keine Corona-Infektion auftrat, spürt die sonst erfolgreiche Juist-Stiftung die Auswirkungen der Krise. Das Stifterforum, bei dem der Vorstand einen Bericht über das letzte Jahr erstattet, musste vom Juli auf den Spätherbst verschoben werden oder findet vielleicht komplett online statt.

Schlimmer sind die finanziellen Auswirkungen der Krise. Bürgerstiftungen sind auf „Ewigkeit“ angelegt, das heißt, das Vermögen der Stiftung muss erhalten bleiben und Projekte werden rein aus Spenden und Vermögenserträgen finanziert. Schon durch das anhaltende Niedrigzinsniveau hatten Bürgerstiftungen hart zu kämpfen. Auch wenn im vorigen Jahr bei der Juist-Stiftung die Zustiftungen nach drei mageren Jahren wieder über dem Durchschnitt lagen, reicht das nicht aus, um die weltweite Corona-Krise ohne Einschränkungen bei der Projektförderung zu meistern.

In solchen Zeiten muss das Stiftungsvermögen wachsen, damit weiterhin Projekte finanziert werden können. Eventuell darüber hinaus gehende Überschüsse werden dem Stiftungsvermögen zugeführt, um einen Inflationsausgleich vorzunehmen. Seit Jahren bemüht sich die Juist-Stiftung deshalb, neue Zustiftungen auch aus dem Kreis der Urlauberinnen und Urlauber, die als Stammgäste auf die Insel kommen, zu gewinnen. Angesichts allseits knapper werdender Kassen dürfte das jetzt schwierig werden.

Schließlich steht noch die im Berliner Koalitionsvertrag vorgesehene und vom Bundesverband Deutscher Stiftungen geforderte Reform des deutschen Stiftungswesens aus. Bundesweit einheitliche Vorschriften, angemessene Haftungsregeln für die Vorstände und Unterstützung für notleidende Stiftungen – das alles sollte gerade in dieser Krise baldmöglichst umgesetzt werden. Auch die Vorstandserfahrungen in einer privaten Blindenstiftung zeigen: Weniger Aufwand tut ebenso Not wie der Abbau bürokratischer Hemmnisse, die Kosten verursachen und insbesondere kleinen Stiftungen mit ohnehin geringem Wertpapierertrag kaum Kapital lassen, um ihren Stiftungszweck zu erfüllen.